

Markus C. Kerber*

Rezension des Buches *David Marsh* „Der Euro“ Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung

Einer der besten Kenner internationaler Finanz- und Währungsprobleme, David Marsh, kann nun endlich einem deutschsprachigen Publikum seine Erkenntnisse über die Genese des Euros, die Bilanz der ersten 10 Jahre der neuen Währung, sowie seine perspektivischen Betrachtungen der Europäischen Währungsunion vorlegen. Das leicht lesbare, spannend geschriebene Buch beginnt mit einer allgemeinen Skizze über die Bedeutung von Währungspolitik. Daran schließt sich eine flüssig geschriebene Geschichte der Internationalen Währungsbeziehungen als Hintergrund zum Währungsprozess von Maastricht an. Man könnte dieses Kapitel überschreiben mit „vom Goldstandard bis zum EWS“. In diesem Teil des Buches nehmen politische Einsichten des Autors sowie persönliche Begegnungen mit bedeutenden europäischen Währungspolitikern einen breiten Raum ein. Insbesondere das deutsch-französische Verhältnis sowie die Beziehungen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing, dann die enge Beziehung von Kohl und Mitterrand werden weniger wirtschaftshistorisch betrachtet, sondern aus einer persönlichen Perspektive erzählt. Dies mag zur Lesbarkeit des Buches beigetragen haben. Es liefert wenig neue Erkenntnisse. Gleichwohl ist Marsh ein intimer Kenner der deutschen Währungsszene. Seine Darstellung des Emminger-Briefes, mit dem sich die Deutsche Bundesbank gegenüber dem Bundeskanzler das Recht vorbehalten hat, unter ganz bestimmten Bedingungen eine Währung des EWS nicht mehr schrankenlos zu stützen, gehört zu den inhaltlichen Glanzpunkten des Buches. Marsh versteht aber auch die Brücke zu den britischen Nöten zu schlagen. Dies macht sein Buch besonders lesenswert, weil sich der aufgeklärte Leser sofort der Illusion entledigt, eine Überwindung der deutsch-französischen Beziehungsschwierigkeiten, die konzeptionell-philosophischer Natur sind, würde durch eine Hinwendung Deutschlands zu Großbritannien gelöst werden.

Marsh spricht eindringlich und kenntnisreich die verschiedenen Vorstöße der französischen Politik an, jene währungspolitischen Konsequenzen, die sich aus einem Manko an realwirtschaftlicher Kompetivität ihrer Volkswirtschaft ergab, zu vermeiden. Unter Beachtung des französischen Prestige und unter eindeutiger Zernierung des Schuldigen sollten Abwertungen des Franc abgewendet werden. Wenn schon, dann bitte eine Aufwertung der DM. Am liebsten hätte sich die französische Politik ein Vetorecht gegenüber zinspolitischen Maßnahmen der Bundesbank ausbedungen.

*Prof. Dr. iur., TU Berlin, Institut für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht



Für den deutschen Leser sind jene Kapitel besonders aufschlussreich, in denen Marsh nüchtern beschreibt, in welchem Maße in der Zeit der Wiedervereinigung die deutsche Regierung jedwede währungspolitische Kompetenz verdrängt hat. Auch dies ist nicht völlig neu. Das Ergebnis kennen die Deutschen. Es endete mit einem Rücktritt des damaligen Bundesbankpräsidenten Pöhl.

Das Buch verdient auch deshalb eine große Leserschaft, weil es sich mit den Kernfragen der Währungsunion inmitten der Finanzkrise beschäftigt. Wohl attestiert Marsh der EZB eine professionelle Handhabung der Finanzkrise durch Einräumung entsprechender Liquiditätshilfen sowie eine adäquate Zinspolitik. Indessen macht er Fragezeichen hinter dem Verbleib verschiedener Mitglieder der Währungsunion. Ob bestimmte schwächelnde Länder wie Italien letztlich aus der Währungsunion – jenseits von rechtlichen Erwägungen – ausscheiden werden, lässt Marsh unbeantwortet. Indessen weist er auf die fiskalischen Kosten einer solchen Umstellung hin. Ein solcher Ausschluss ist auf Eigeninitiative der betroffenen Länder genau so wenig wahrscheinlich wie der Anschluss von Großbritannien.

Marsh gibt nicht nur seine eigenen Einschätzungen wider. Vielmehr stützt er sich auf Einschätzungen von Politikern. Er scheint es auch mit Helmut Schmidt zu halten: Großbritannien ist nur mit einem Bein in Europa. Es sieht Europa als gemeinsamen Markt, nicht aber als eine politische Union oder gar eine Währungsunion an. Wahrscheinlich wird er mit dieser Einschätzung Recht behalten.